

Inhalt

Vorwort	I
Literatur.....	XIX
Rechtsprechungsverzeichnis	XXIX
Abkürzungen	XXXIII
Einleitung.....	1
A. Die Rechtsnatur der Haftung aus § 61 InsO und ihre Auswirkungen.....	3
I. Der Streitstand in der Literatur und Rechtsprechung im Rahmen des § 82 KO und die Relevanz dieses Streits für § 61 InsO	3
1) Notwendigkeit der Differenzierung zwischen § 61 InsO und § 60 InsO	3
2) Das Verhältnis von § 61 InsO zu § 82 KO	4
3) Streitstand zur Rechtsnatur im Rahmen des § 82 KO	5
a) Die Auffassung von der rechtsgeschäftlichen Haftung.....	6
b) Die Auffassung von der deliktischen Natur.....	6
c) Die Auffassung Karsten Schmidts.....	7
II. Streitstand zur Rechtsnatur des § 61 InsO.....	7
III. Stellungnahme	8
1) Argument der Ähnlichkeit zu § 839 BGB	9
2) Argument der deliktsähnlichen Tatbestandsstruktur	9
3) Vergleich mit der Tatbestandsstruktur der §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2 BGB	10
4) § 61 InsO mit vergleichbaren Pflichten wie § 241 Abs. 2 BGB.....	11
5) § 61 InsO als Sonderfall der §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 3 BGB?	12
6) Auswirkungen des Streits um die Rechtsnatur der Haftung aus cic auf § 61 InsO	13

a) Die Rechtsnatur und Haftungsgründe der cic und Einordnungsversuche ins Deliktsrecht	13
b) Auswirkungen dieses Streits auf die Einordnung des § 61 InsO.....	14
aa) Die systematische Einordnung der cic in das BGB durch die Schuldrechtsreform	14
bb) Differenzierung zwischen Aufklärungspflichten und Schutz des allgemeinen Integritätsinteresses.....	15
7) Bedeutung des Inhalts des Anspruchs aus § 61 InsO für seine Rechtsnatur	17
Zwischenergebnis	18
IV. Auswirkungen der Rechtsnatur des § 61 InsO.....	19
1) Neuregelung der Verjährung gem. § 62 InsO	19
2) Anwendung des § 278 BGB	20
3) Der Gerichtsstand bei Streitigkeiten über eine Haftung aus § 61 InsO	21
a) Anwendbarkeit des § 32 ZPO	21
b) Stellungnahme	21
aa) Maßgeblichkeit der Rechtsnatur des § 61 InsO	22
bb) Auswirkungen der Rechtsprechung zu Art. 7 Nr. 2 EuGVVO	22
(1) Abgrenzung des Art. 7 Nr. 1 EuGVVO zu Art. 7 Nr. 2 EuGVVO.....	22
(2) Behandlung der cic im Rahmen des Art. 7 Nr. 2 EuGVVO.....	23
Zwischenergebnis	24
Ergebnis und Praxistipps zu Teil A.....	25
 B. Die Pflichtverletzung als tatbestandliche Voraussetzung des § 61 InsO und die Abgrenzung zu anderen Haftungsnormen	29
I. Abgrenzung des § 61 InsO zu § 60 InsO.....	30

1) Anwendbarkeit des § 61 InsO auch auf Pflichtverletzungen nach Begründung der Masseverbindlichkeit.....	31
2) Anwendbarkeit des § 61 InsO nur auf die pflichtwidrige Begründung einer Masseverbindlichkeit.....	32
a) Argument der gesetzgeberischen Intention zu § 61 InsO.....	32
b) Argument der verschuldensunabhängigen Haftung aus § 61 InsO.....	33
3) Stellungnahme.....	33
a) § 61 InsO kein Fall der Gefährdungshaftung.....	33
b) Wortlaut, Systematik und Sinn und Zweck des § 61 InsO als Argumente für die Abgrenzung zu § 60 InsO.....	34
II. Der Anwendungsbereich des § 61 InsO und seine tatbestandlichen Schranken.....	36
1) Verletzung einer insolvenzspezifischen Pflicht als Voraussetzung des § 61 InsO	36
a) Streitstand bezüglich einer teleologischen Reduktion des § 61 InsO auf die Fälle der Verletzung einer insolvenzspezifischen Pflicht.....	37
b) Keine Einschränkung des Tatbestands des § 61 InsO auf die Verletzung insolvenzspezifischer Pflichten	37
c) Stellungnahme.....	38
aa) Kein Bedürfnis für eine Haftungsausdehnung	38
bb) Gesetzeswortlaut als Indiz für das Erfordernis einer insolvenzspezifischen Pflichtverletzung	39
cc) Keine andere Beurteilung aufgrund der Anwendbarkeit des § 61 InsO auf die Fälle der Erfüllungswahl gem. § 103 InsO.....	41
2) Behandlung des § 61 InsO im Falle einer Betriebsfortführungspflicht gem. § 22 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 InsO.....	41
a) Unanwendbarkeit des § 61 InsO im Falle einer Betriebsfortführungspflicht.....	42

b) Anwendbarkeit des § 61 InsO auch bei bestehender Betriebsfortführungspflicht.....	44
c) Stellungnahme	45
aa) Gesetzssystematik der vorläufigen Insolvenzverwaltung...	45
bb) Fehlendes Bedürfnis für eine tatbestandliche Einschränkung des § 61 InsO	46
cc) Die entgegenstehende Ratio des § 61 InsO	46
3) Die Unanwendbarkeit des § 61 InsO auf oktroyierte Masseverbindlichkeiten	47
a) Begründung und Hauptanwendungsfälle der Einschränkung bei den Fällen der oktroyierten Masseverbindlichkeit.....	48
b) Stellungnahme	49
4) Fälle der ungerechtfertigten Bereicherung der Masse	49
a) Unanwendbarkeit des § 61 InsO auf Fälle der ungerechtfertigten Bereicherung der Masse	50
b) Anwendbarkeit des § 61 InsO bei auf Handlungen des Verwalters beruhenden Bereicherungen	50
c) Stellungnahme	51
aa) Ratio als Argument gegen eine Anwendbarkeit des § 61 InsO.....	51
bb) Der Wortlaut des § 61 InsO als Indiz.....	51
cc) Konkretes oder lediglich abstraktes Vertrauen als Voraussetzung für die Haftung aus § 61 InsO?	52
dd) Schutzwürdigkeitsgesichtspunkte als weiteres Argument...	55
Zwischenergebnis	56
ee) Unanwendbarkeit des § 61 InsO auf Bereicherungsansprüche bei fehlender Handlung des Verwalters.....	57
5) Die Unanwendbarkeit des § 61 InsO auf Verpflichtungen ohne Gegenleistung.....	57
6) 61 InsO in der Eigenverwaltung	58
Ergebnis und Praxistipps.....	59

III. Abgrenzung zum selbstständigen Garantievertrag.....	60
1) Tatbestand des Garantievertrags	61
a) Tatbestandliche Voraussetzungen der Garantiehaftung.....	61
b) Der Rechtsgedanke des § 164 Abs. 2 BGB als Haftungsgefahr.....	62
c) Die Zahlungszusage als bloßer Hinweis auf § 61 InsO.....	63
d) Stand der Rechtsprechung.....	64
2) Stellungnahme.....	65
a) Das Konkurrenzverhältnis des § 61 InsO zum selbstständigen Garantievertrag.....	65
b) Die Anwendbarkeit des selbstständigen Garantievertrags neben § 61 InsO	66
aa) Persönlicher Verpflichtungswille als erste Stufe.....	66
bb) Veränderter Maßstab bei vorläufigem Verwalter ohne Verfügungsbefugnis.....	67
cc) Tragweite der persönlichen Verpflichtung als zweite Stufe.....	67
Ergebnis und Praxistipps.....	68
IV. Abgrenzung des § 61 InsO zur Haftung aus cic gem. §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2, 241 Abs. 2 BGB.....	69
V. Abgrenzung des § 61 InsO zur Haftung aus cic gem. §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB.....	69
1) Grundlagen der Haftung aus §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB.....	70
2) Relevanz der Haftung aus §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB neben der Haftung aus § 61 InsO.....	71
a) Der Verwalter mit Verfügungsbefugnis	71
b) Der Verwalter ohne Verfügungsbefugnis	72
3) Stellungnahme.....	73
a) Das Konkurrenzverhältnis der §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB zu § 61 InsO	73

b) Die Anwendbarkeit der §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 3, 241 Abs. 2 BGB neben § 61 InsO	73
aa) Die Haftung des Verwalters bei wirtschaftlichem Eigeninteresse	74
bb) Die Haftung des Verwalters bei der Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens.....	74
(1) Differenzierung zwischen offenbarter und versteckter Verwaltereigenschaft	75
(1.1) Vorgehensweise bei fehlender Offenlegung der Verwaltereigenschaft.....	75
(1.1.1) Vertrauensbezug in die Firma	76
(1.1.2) Vertrauen ausschließlich in die Person des Verwalters.....	77
(1.2) Vorgehensweise bei offenbartem Handeln als Verwalter	77
(1.2.1) Persönliches Vertrauen kraft Amtes	77
(1.2.2) Haftung nur bei Vorliegen weiterer besonderer Umstände.....	78
(2) Stellungnahme	78
(2.1) Behandlung beim Handeln eines vorläufigen starken Verwalters und eines endgültigen Verwalters.....	79
(2.1.1) Keine Notwendigkeit für die Haftung allein aus der Amtsstellung.....	79
(2.1.2) Zahlungszusagen als Hinweis auf § 61 InsO	80
(2.1.3) Zahlungszusagen regelmäßig ein Fall des besonderen persönlichen Vertrauens.....	80
(2.2) Maßstab beim Handeln eines vorläufigen Verwalters ohne Verfügungsbefugnis	81
cc) Einordnung der Haftung aus der Inanspruchnahme persönlichen Vertrauens als Fortführung der 2-Stufenprüfung im Rahmen eines Garantievertrags	81

Ergebnis und Praxistipps.....	82
VI. Abgrenzung der Haftung aus § 61 InsO zu § 311 a Abs. 2 BGB und die Anwendbarkeit des § 61 InsO auf Fälle des anfänglichen Unvermögens	
1) Die Rechtsprechung unter der Konkursordnung.....	84
2) Anwendbarkeit des § 61 InsO auf die Fälle des anfänglichen Unvermögens.....	84
3) Unanwendbarkeit des § 61 InsO auf Fälle des anfänglichen Unvermögens.....	85
4) Stellungnahme.....	85
a) Das Konkurrenzverhältnis des § 311 a Abs. 2 BGB zu § 61 InsO	85
b) Die Anwendbarkeit des § 61 InsO auf die Fallkonstellationen des § 311 a Abs. 2 BGB.....	86
aa) Keine Verletzung einer insolvenzspezifischen Pflicht	86
bb) Der Wortlaut des § 61 InsO.....	86
Ergebnis und Praxistipps zu Teil B.....	87
C. Die weiteren Tatbestandsmerkmale des § 61 InsO: Schaden, Verschulden und Exkulpation	
I. Der Schaden als tatbestandliche Voraussetzung des § 61 InsO	94
1) Eintritt eines Schadens beim Massegläubiger	94
a) Ausfallschaden bei endgültiger Unerfüllbarkeit der Masseverbindlichkeit im Zeitpunkt der Unzulänglichkeitsanzeige.....	95
b) Ausfallschaden bei Nichterfüllbarkeit der Verbindlichkeit bereits bei Fälligkeit	96
c) Stellungnahme	97
aa) Annahme eines Ausfallschadens bereits bei Unerfüllbarkeit im Zeitpunkt der Fälligkeit der Verbindlichkeit.....	98
(1) Grundsätzliche Anerkennung eines Ausfallschadens bei Nichterfüllbarkeit trotz Fälligkeit	98

(2) Der Rechtsgedanke des § 53 InsO	99
(3) Kein anderes Ergebnis aufgrund der §§ 280 Abs. 1, 286 BGB	100
(4) Keine uneingeschränkte Annahme eines Ausfallschadens bei Unerfüllbarkeit im Zeitpunkt der Fälligkeit	101
bb) Korrektiv bei der Beurteilung eines Ausfallschadens:	
Temporäre Masseinsuffizienz	101
(1) Problem der Rechtssicherheit	102
(2) Zumutbarkeitsgesichtspunkte im Lichte der gesetzgeberischen Intention.....	102
(3) Prozessökonomie als Argument gegen einen Ausfallschaden bei temporärer Masseinsuffizienz.....	103
(4) Wechselwirkung mit § 61 S. 2. InsO und Pflichtwidrigkeit der Begründung.....	104
cc) Anforderungen an die Mitteilungen des Verwalters über den Zeitrahmen der künftigen Realisierbarkeit.....	104
Zwischenergebnis	105
dd) Behandlung der temporären Masseinsuffizienz nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit gem. § 208 Abs. 1 InsO	106
(1) Kein Ausfallschaden auch bei temporärer Masseinsuffizienz nach Masseunzulänglichkeits- anzeige gem. § 208 Abs. 1 S. 2 InsO.....	106
(2) Ausfallschaden ohne Einschränkungen bei angezeigter Masseunzulänglichkeit	107
(3) Stellungnahme	107
(3.1) Schadensersatzrechtliche Erwägungen.....	107
(3.2) Insolvenzrechtliche Erwägungen	109
(3.3) Argumente der Rechtssicherheit und Zumutbarkeit	109
d) Behandlung von nach der Masseunzulänglichkeitsanzeige begründeten Masseverbindlichkeiten.....	110
(aa) Ausfallschaden bei Fälligkeit ohne Korrektiv der temporären Masseinsuffizienz.....	110

(bb) Sonderfall: Hinweis des Verwalters auf die Anzeige der Masseunzulänglichkeit	112
Ergebnis	113
2) Der Schadensumfang im Rahmen des § 61 InsO: Positives Interesse oder negatives Interesse?.....	114
II. Das Verschulden und die Exkulpation gem. § 61 S. 2 InsO	116
1) Verschulden als Tatbestandsmerkmal des § 61 InsO.....	116
a) Argument des Wortlauts und der tatbestandlichen Struktur des § 61 S. 2 InsO	117
b) § 61 InsO kein Fall der Gefährdungshaftung	117
aa) Abgrenzung von Gefährdungs- und Verschuldens- haftung	117
bb) Übertragung der Grundsätze über die Gefährdungs- haftung auf § 61 InsO	118
c) Rechtsnatur der Haftung aus § 61 InsO als weiteres Argument.....	119
Ergebnis und Praxisauswirkung	119
2) Die Exkulpation im Rahmen des § 61 S. 2 InsO	120
a) Der zeitliche Anknüpfungspunkt für die Exkulpation gem. § 61 S. 2 InsO	120
aa) Erfüllung des Tatbestands.....	120
bb) Letzte Möglichkeit, die Entstehung der Verbindlichkeit vor Eintritt der Vertragsbrüchigkeit zu verhindern	121
cc) Stellungnahme.....	121
(1) Maßgeblicher Zeitpunkt bei Dauerschuldverhältnissen....	122
(2) Behandlung der Erfüllungswahl durch den Verwalter gem. § 103 InsO.....	123
(3) Die Behandlung einseitig bedingter Verträge.....	125
(4) Die Lieferung auf Abruf	126
(5) Die Berücksichtigung des Wortlauts des § 61 InsO.....	127
(6) Verpflichtung des Verwalters zur Ausübung von rechtsvernichtenden Einwendungen.....	128
Ergebnis	129

(1) Stufe 1: Erfüllung des anspruchsbegründenden Tatbestands vor oder nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens?	129
(2) Stufe 2: Erfüllung des anspruchsbegründenden Tatbestands nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens	130
b) Die Anforderungen an die Exkulpation gem. § 61 S. 2 InsO	130
aa) Die verschiedenen Möglichkeiten der Entlastung gem. § 61 S. 2 InsO	130
(1) Die vom BGH angeführten beiden klassischen Entlastungsmöglichkeiten	131
(2) Exkulpation durch Beweis der fehlenden Schutzwürdigkeit des Gläubigers	131
(3) Stellungnahme	132
bb) Auslegung des Begriffs »voraussichtlich« i. S. d. § 61 S. 2 InsO	133
(1) Notwendigkeit der nahezu sicheren Erfüllbarkeit der Masseverbindlichkeit	133
(2) Nichterfüllbarkeit der Masseverbindlichkeit wahrscheinlicher als Erfüllbarkeit	134
(3) Stellungnahme	135
cc) Die zeitlichen Grenzen und Anforderungen an die Aktualisierungspflichten im Rahmen des Entlastungsbeweises	136
(1) Ansichten zu den Aktualisierungspflichten eines Verwalters	137
(2) Stellungnahme	137
(2.1) Die Begründung der Masseverbindlichkeit als zeitliche Grenze der Liquiditätsrechnung	138
(2.2) Begrenzung der Aktualisierungspflichten für die Liquiditätsrechnung vor Begründung der Masseverbindlichkeit	139
dd) Die inhaltlichen Anforderungen an den Entlastungsbeweis	140

(1) Grundlegende Anforderungen an die Aufzeichnungen des Verwalters	141
(2) Anforderungen an die konkrete Liquiditätsrechnung.....	141
(2.1) Sofortiger Kassensturz.....	142
(2.2) Erforderlichkeit eines Finanzplanes	142
(2.3) Genaue Zuordnung der einzelnen Zahlungseingänge.....	142
(2.4) Konkretisierung anhand von Plänen der InsO	143
(3) Stellungnahme	144
(3.1) Schriftlichkeit der Liquiditätsplanung	144
(3.2) Gesamtliquidität maßgeblich	144
(3.3) Die Pläne des § 229 S. 2 InsO als der »sichere« Weg.....	145
(3.3.1) Die Pläne des § 229 S. 2 Alt. 2 InsO	145
(3.3.2) Vergleichbarkeit der Interessenkonstellationen des § 229 S. 2 Alt. 2 InsO und des § 61 InsO.....	146
(3.3.3) Pläne des § 229 S. 2 InsO nur bedingt aussagekräftig	147
(3.3.4) Staffelung der Finanzpläne akzessorisch zum Zeitraum bis zur Fälligkeit	148
(3.3.5) Die Finanzpläne des § 270a Abs. 1 Nr.1 InsO	148
Ergebnis und Praxisauswirkungen.....	150
ee) Die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten des Verwalters im Rahmen des Entlastungsbeweises gem. § 61 S. 2 InsO	150
(1) Die Rolle der Sorgfaltsanforderungen im Rahmen des Verschuldens	151
(2) Sorgfaltspflichten und Verschuldensmaßstab des § 61 InsO.....	151
(2.1) Anwendbarkeit des § 60 Abs. 1 S. 2 InsO auf § 61 InsO	151

(2.2) Auslegung des von § 60 Abs. 1 S. 2 InsO vorgegebenen Maßstabs	153
(3) Konkreter Inhalt des Schuldvorwurfs.....	153
(4) Akzessorietät des Sorgfaltsmaßstabs zum Zeitablauf seit Übernahme der Insolvenzverwaltung.....	154
(4.1) Staffelung der Sorgfaltsanforderungen	154
(4.2) Stellungnahme.....	155
ff) Überprüfungspflicht von Angaben und Zahlen des Schuldners	157
(1) Keine Zurechnung bei Verschulden von Hilfspersonen.....	157
(2) Zurechnung des Verschuldens von Hilfspersonen.....	158
(3) Stellungnahme	158
(3.1) Offenkundige Unschlüssigkeit	158
(3.2) Versteckte Unrichtigkeiten.....	159
(3.2.1) Angestellte des Schuldners.....	159
(3.2.2) Eigene Angestellte des Verwalters.....	159
Ergebnis und Praxisauswirkungen zu Teil C	160

D. Umsatzsteuerrechtliche Aspekte der Haftung des Verwalters für Masseverbindlichkeiten.....	169
I. Die Umsatzsteuer als ersatzfähiger Schaden i. S. d. § 61 InsO.....	170
1) Der Ausgangspunkt im Rahmen des Tatbestands des § 61 InsO	170
2) Umsatzsteuerrechtliche Grundlagen	171
a) Vorliegen der Handlung eines Unternehmers und einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufseiten des Massegläubigers als Grundvoraussetzungen	171
b) Die Bemessungsgrundlage für die Umsatzsteuer.....	172
3) Die wirtschaftliche Betrachtungsweise	173
4) Die streng zivilrechtsakzessorische Ansicht des BGH	174
5) Stellungnahme.....	176
a) Einordnung der Umsatzsteuer als Verbrauchssteuer als Indiz....	177
b) Der Grad der Gegenseitigkeit als entscheidendes Kriterium	177

aa) Fallkonstellation 1: Keine Leistung des Massegläubigers.....	178
bb) Fallkonstellation 2: Bereits erbrachte Leistung des Massegläubigers	178
(1) Zahlung für die Leistung?	178
(2) Differenzierung nach haftungsbegründender und haftungsausfüllender Kausalität	179
(3) Kein anderes Ergebnis aufgrund Europarechts	180
(4) Kein anderes Ergebnis aufgrund von Billigkeitserwägungen.....	181
Ergebnis	181

II. Die Haftung des Verwalters für Umsatzsteuerverbindlichkeiten und die Berührungspunkte zu § 61 InsO.....	182
1) Die Problemstellung.....	182
2) Abgrenzung nach Masse- und Insolvenzverbindlichkeit	183
a) Grundbegriffe: Masse- und Insolvenzverbindlichkeit.....	183
b) Einordnung des Grundfalls der Umsatzsteuerforderung gem. § 1 Abs. 1 Nr. 1 UStG.....	184
aa) Begründung von umsatzsteuerrechtlichen Verbindlich- keiten i. S. d. § 38 InsO im Rahmen der Soll-Besteuerung....	184
(1) Grundsatz: Entscheidend ist die Erfüllung des umsatzsteuerrechtlichen Tatbestands.....	185
(2) Kein anderes Ergebnis wegen § 13 UStG.....	186
(3) Beurteilungsmaßstab der Begründung einer Verbindlichkeit.....	187
bb) Begründung der Umsatzsteuerverbindlichkeit bei der Ist-Besteuerung.....	187
(1) Leistungsausführung als maßgebliches Kriterium.....	188
(2) Entgeltvereinnahmung als maßgebliches Kriterium	189
(3) Stellungnahme	189
cc) Behandlung der Fälle des vorläufigen Verwalters mit Verfügungsbefugnis	190
Ergebnis	190

3) Der Verwalter als Unternehmer i. S. d. § 2 UStG?	191
a) Regelfall im Umsatzsteuergesetz: Keine Haftung Dritter für Umsatzsteuerverbindlichkeiten	191
b) Der Verwalter ist kein Unternehmer i. S. d. Umsatzsteuergesetzes	192
4) Die Konkurrenz des § 61 InsO zu § 69 S. 1 AO	193
a) Die dogmatische Einordnung der Haftung des § 69 S. 1 AO	193
b) Der Verwalter als Haftungsschuldner i. S. d. § 69 S. 1 AO	194
aa) Der Verwalter als Vermögensverwalter i. S. d. § 34 Abs. 3 AO	194
bb) Die Behandlung des vorläufigen Verwalters ohne Verfügungsbefugnis	195
Zwischenergebnis	196
c) Das Verhältnis von § 69 S. 1 AO zu § 61 InsO	196
aa) Streitstand des Verhältnisses der steuerrechtlichen Haftung zur insolvenzrechtlichen Haftung im Allgemeinen	197
(1) Auffassung zur Konkursordnung: § 69 S. 1 AO als Lex specialis zu § 82 KO	197
(2) Neuere Auffassung der Anspruchskonkurrenz zwischen steuerrechtlicher und insolvenzrechtlicher Haftung	198
(2.1) Abgrenzung nach Art der Pflichtverletzung	198
(2.2) Freie Wahl der Anspruchsgrundlage durch den Fiskus	198
bb) Meinungsstand zum Verhältnis des § 61 InsO zu § 69 S. 1 AO	199
(1) Anwendbarkeit des § 61 InsO als Spezialregelung zu § 69 S. 1 AO	199
(2) Anwendbarkeit des § 61 InsO neben § 69 S. 1 AO	199
(3) Keine Konkurrenz zwischen § 61 InsO und § 69 S. 1 AO	199
cc) Stellungnahme	200
(1) Die Begründung einer steuerrechtlichen Verbindlichkeit als Pflichtverletzung i. S. d. § 69 S. 1 AO	200

(2) Optieren zur Umsatzsteuer im Insolvenzverfahren als Beispiel.....	201
(3) Anwendbarkeit des § 61 InsO auch auf die Fälle, in denen eine Umsatzsteuerschuld trotz vorhersehbarer Masseunzulänglichkeit begründet wurde	203
(3.1.) Haftung aus der Verletzung abstrakten Vertrauens?	203
(3.2) Berücksichtigung umsatzsteuerrechtlicher Besonderheiten	204
(3.3) Keine pauschale Erweiterung auf alle Steuermasseverbindlichkeiten.....	205
Zwischenergebnis	206
Ergebnis zu Teil D.....	206
 E. Ergebnisse.....	211
I. Die Rechtsnatur der Haftung aus § 61 InsO.....	211
II. Der Anwendungsbereich des § 61 InsO und seine Schranken	212
III. Die Abgrenzung des § 61 InsO zu den Haftungsnormen des allgemeinen Zivilrechts	212
IV. Der Tatbestand des § 61 InsO.....	213
V. Umsatzsteuerrechtliche Berührungspunkte zur Haftung aus § 61 InsO	214
 Über den Autor	216